



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Expeditionsgeld für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrnhuterstr. Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 488. Mittags-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 18. October 1878.

Deutschland.

Berlin, 17. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Medicinalrath und ordentlichen Professor an der Universität zu Breslau, Dr. Otto Spiegelberg, den Charakter als Geheimen Medicinal-Rath verliehen.

Der Lehrer Dr. Wilhelm Lungen ist zum Gewerbeschullehrer an der Königl. Gewerbeschule zu Bochum ernannt worden. — Mittels Allerhöchsten Erlasses vom 25. September 1878 ist der seitberige unbesoldete Beigeordnete der Stadt Köln, Geheimen Commerzienrath Meßsen, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine fernere Amtsperiode bestätigt worden. — Dem Rechtsanwalt Stähler zu Badamar ist gestattet worden, vom 1. December d. J. ab seinen Wohnsitz nach Gms zu verlegen.

Berlin, 17. October. [Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag im Neuen Palais den Vortrag des Stoll-Cabinetts entgegen. — Se. Königl. Hoheit der Prinz Wilhelm ist vorgestern Abend von Kiel im Neuen Palais eingetroffen.

Berlin, 17. Octbr. [Ausichten des Socialisten-Gesetzes.] Die Sammlungen für die Hinterbliebenen des „Großen Kurfürsten“. — Neue Veranlagung der Gebäudesteuer. — Zum Erwerb der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn. — Socialdemokratische und anti-socialdemokratische Gewerkschaften. — Trotz aller Differenzen, welche in den letzten Tagen der zweiten Lesung zwischen Conservativen und National-Liberalen, sowie zwischen diesen und der Regierung zu Tage getreten sind, zweifelt doch eigentlich Niemand daran, daß das Socialistengesetz zu Stande kommen wird. Wie vorausgesehen war, ist der heutige freie Tag dazu benutzt worden, um von Fraktion zu Fraktion über etwaige Zugeständnisse zu verhandeln. In diese Verhandlungen konnten sich selbstverständlich die Vertreter der Regierung nicht direct einmischen, indes gilt es doch als wahrscheinlich, daß in vertraulicher Weise die Punkte oder vielmehr der eine Punkt bezeichnet worden ist, auf welchem die Regierung auch bei der dritten Lesung bestehen zu müssen glaubt. Dieser eine Punkt ist die Streichung der Clausel zu § 6, wonach die Unterdrückung eines socialdemokratischen Blattes erst erfolgen kann, wenn eine einzelne Nummer verboten ist. Man glaubt, daß morgen die Mehrheit in dieser Beziehung der Regierung nachgeben werde. Ob Fürst Bismarck der morgigen Sitzung des Plenums beiwohnen wird, ist noch unbestimmt. — Als die Kunde von dem entsetzlichen Unglücksfalle, dem eines der besten Schiffe unserer jungen Marine und mehrere Hundert braver Seeleute zum Opfer gefallen waren, durch das deutsche Land ging, da regten sich überall offene Hände und als einen Beweis der Opferfreudigkeit des ganzen Volkes konnte die Admiralität später mittheilen, daß über 100,000 Mark an barem Gelde für die Hinterbliebenen der umgekommenen Seeleute bei ihr eingegangen waren. Es handelte sich, wie damals bekannt wurde, um etwa 30 bis 40 Familien, die vielleicht nicht einmal gerade alle bedürftig waren. Da auch das Reich zu Wittwen- und Waisengeldern verpflichtet war, gerade in demselben allerdings kärglichen und unzureichenden Maße, als wenn die Mannschaft des Schiffes vor dem Feinde den Tod gefunden, so durfte man hoffen, daß die unglücklichen Hinterbliebenen der bittersten Noth entrissen sein würden und ohne Sorgen in die Zukunft blicken könnten. Da es ist damals, als überall Sammel-Comités zusammentraten und die Zeitungen mit dem löblichen Eifer für das Gemeinwohl, der so oft verkannt wird, auch hier sich an die Spitze stellten, sogar behauptet worden, es würde mehr Geld zusammenkommen, als zur Deckung des Bedürfnisses von Noth wäre. Man erinnerte in dieser Beziehung an Meinungen, dessen Bewohner durch das Brandunglück, wie das Gerücht geht, nicht ärmer, sondern wohlhabender geworden sein sollen. Wie dem nun auch sein mag, jedenfalls konnte man bei der Sammlung für die Hinterbliebenen des „Großen Kurfürsten“ überzeugt sein, daß der beabsichtigte Erfolg erreicht werden würde. Um so peinlicher muß daher alle Welt überrascht sein, wenn jetzt, beinahe fünf Monate nach dem Unglücksfalle, von anscheinend wohl unterrichteter Seite darauf aufmerksam gemacht wird, daß mehrere Hinterbliebene, die sicherlich eine Berücksichtigung verdienen und sich in größter Bedrängnis befinden, sehnächtig darauf harren, daß ihnen wenigstens eine materielle Erleichterung in dem schweren Unglück, das sie betroffen, aus der von der Freigiebigkeit der Nation gespendeten Summe zu Theil werde. Wenn es wahr ist, daß man sich über den Plan, nach welchem die Gaben zu vertheilen wären, noch nicht hat einigen können, so muß die Presse mahnen und darauf dringen, daß auch ohne Plan reichlich gegeben werde, um die augenblickliche Noth zu lindern. Was Anweisungen auf die Zukunft in solchen Fälle bedeuten, das hat den Berlinern noch vor wenigen Wochen das Beispiel des bei dem zweiten Attentat verunglückten Ritters Richter gezeigt, der aus einer für ihn veranstalteten Sammlung mehrere Tausend Mark zu beanspruchen hatte und, weil er sie nicht rechtzeitig bekam, seine Möbel rückständiger Steuern wegen, pfänden lassen mußte. — Bekanntlich soll in Gemäßheit der gesetzlichen Vorschrift die Gebäudesteueranlagung alle fünfzehn Jahre einer Revision unterzogen werden. Die erste fünfzehnjährige Periode läuft mit dem 31. December 1879 ab, und von diesem Tage an werden die durch die Revision festgesetzten anderweitigen Steuerbeträge erhoben werden. Wie durch die Verhandlungen des gegenwärtig in Merseburg tagenden sächsischen Provinzial-Landtages bekannt wird, hat nun der Minister des Innern im Laufe dieses Sommers von den Provinzial-Landtagen resp. Provinzial-Ausschüssen ein Gutachten eingefordert darüber: 1) welche Städte der Provinz für die Einschätzung gewisser, auf dem platten Lande vorkommender Gebäude als Normalstädte für geeignet zu erachten und 2) ob Merkmale provinzieller Natur für die Einschätzung der steuerpflichtigen Wohngebäude des platten Landes anzugeben seien. — Die Verhandlungen wegen Ankaufs der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn sind, wie wir hören, nicht in Folge der Beziehungen zu den übrigen Staaten, in denen die gedachte Bahn liegt, ins Stocken gerathen, sondern wegen des Kaufpreises. Im Finanzministerium hält man eine Rente von 6 Procent, welche der Handelsminister bei der event. Uebernahme der Bahn den Actionären zu bewilligen sich bereit erklärt hat, als zu hoch gegriffen. Weitere Verhandlungen mit dem Gesellschafts-Ausschuß wegen Ermäßigung der Rente stehen bevor. — Mit Recht hat ein „Eingekandt“ im socialdemokratischen Blatte „Pionier“ Aufsehen erregt, worin die Mitglieder der

socialdemokratischen Gewerkschaften aufgefordert werden, nach deren Auflösung „Mann für Mann“ in die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft einzutreten, in denen sie vermöge ihrer großen Majorität mit Leichtigkeit „nützliche Reformen einführen und mißliebige Führer beseitigen würden.“ Wie wir aus besser Quelle erfahren, hat der Anwalt Dr. Marx Hirsch in Gemeinschaft mit dem Verbandstage schon vor zwei Jahren der Ausführung dieses Plans dadurch vorgebeugt, daß jedes neu beitretende Mitglied durch Revers erklären muß, den friedlichen Grundsätzen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu halben und nicht der Socialdemokratie anzugehören. Wenn also die Socialdemokraten nicht eine Lüge durch ihre Namensunterschrift bezeugen wollen, so können sie überhaupt nicht beitreten. Aber auch für den Fall einer solchen Ehrlosigkeit ist vorgesehen, indem Mitglieder, welche gegen die Principien und Genossen des Gewerkschafts agitieren, sofort ausgeschlossen werden. Diese Bestimmung hat schon ihre praktische Probe bei dem Dissoverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu Königsberg ausgehalten; dort hatten sich zahlreiche Socialdemokraten eingeschlichen, wurden aber sofort excludiert. Der „Pionier“ macht also die Rechnung ohne den Wirth. Uebrigens ist es eine Uebertreibung, wenn in jenem „Eingekandt“ von 60,000 Mitgliedern der socialdemokratischen Gewerkschaften gesprochen wird; in Wahrheit giebt es deren höchstens 12,000, während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 20,000 Mitglieder zählen.

— Berlin, 17. Oct. [Conferenzen über das Socialisten-Gesetz.] — Schluß der Session. — Tabaksenquete-Commission. Im Vordergrund aller Interessen steht heute die Frage nach dem Zustandekommen des Socialistengesetzes. Die Lösung dieser Frage ist heute von verschiedenen Seiten gleichzeitig in die Hand genommen worden. Mit dem Reichskanzler conferirte heute mehrere Stunden hindurch der Minister des Innern Graf zu Selenburg, auf dessen Schultern wohl oder übel fast die ganze Last des Zustandekommens des Gesetzes in den Vorstädten und seiner Vertretung im Reichstage ruhte. Man ist gespannt darauf, ob diese letztere bei der dritten Lesung gleichfalls ihm allein obliegen, oder ob der Reichskanzler noch einmal persönlich in die Debatte eingreifen wird. — Um 2 Uhr trat der Bundesrath zu einer vertraulichen Plenarsitzung zusammen. Es liegt auf der Hand, daß sich dieselbe mit keinem andern Gegenstand beschäftigen wird. Man will wissen, die Regierungen würden, um das Werk des Ausgleichs zwischen den Fraktionen der Rechten und der Majorität der National-Liberalen nicht zu beeinträchtigen, von einer Erklärung bezüglich der Grenzen ihrer Zugeständnisse vor Anfang der dritten Lesung Abstand nehmen und derartige Erklärungen bei jedem einzelnen Paragraphen geben. Indessen wird es nach allem, was sich vorbereitet, der letzteren kaum bedürfen. Heute Vormittag waren fast alle Fraktionen in Beratung getreten, und Vereinbarungen über Wiederherstellung der bei der zweiten Beratung in der Schwere gebliebenen Paragraphen 6 bis 10 und 16 in vollem Zuge. Man wäre damit zum Abschluß gekommen, wenn nicht die Conservativen heute Abend noch einmal in Beratung treten wollten, um sich schlüssig zu machen. Daß dieselben ihre Beschlüsse nicht ohne Fühlung, um nicht zu sagen vor Verständigung, mit der Regierung fassen, versteht sich schließlich von selbst. Daß eine Vereinbarung zu Stande kommen wird, ist zweifellos, und zwar auf einer Grundlage, welche der Regierung eine Zustimmung nicht erschweren möchte. Das Schicksal des Gesetzes ist vor der dritten Lesung entschieden, und es könnte daher bei gutem Willen die wahrlich von allen Seiten zur Genüge durchgesprochene Frage in zwei Sitzungstagen leicht erledigt werden. Gleichwohl ist es nicht unmöglich, daß der Schluß der Session erst am Montag erfolgt. — Die Arbeiten der Tabak-Enquete-Commission sollen, wenn dies irgend zu ermöglichen ist, zu Anfang December ihren Abschluß finden, weil sie im Laufe des gedachten Monats als Material für die projectirten Arbeiten des Bundesrathes dienen sollen. Es ist mit voller Bestimmtheit anzunehmen, daß die nächste Reichstagsession in hervorragender Weise mit der Tabakbesteuerung befaßt werden wird. Wir haben an dieser Stelle seit Monaten darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung bei ihren Finanzplänen dauernd mit dem Projecte der Einführung des Tabakmonopols gerechnet hat; wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir mittheilen, daß die finanziellen Erörterungen der Reichsregierung sich auch jetzt noch in dieser Richtung bewegen und man daher gut thun wird, mit diesem Factor zu rechnen.

[Erkenntnis des Obertribunals.] Als eine im Sinne des preussischen Vereinsgesetzes zu behandelnde Versammlung ist, nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals, rheinischen Straßensatz, vom 12. Septbr. 1878, jede Zusammenkunft von Personen beiderlei Verfassung oder Erörterung von öffentlichen Angelegenheiten zu betrachten, auch wenn thatsächlich bei der Zusammenkunft keine öffentlichen Angelegenheiten berathen werden und überhaupt eine förmliche Eröffnung und Constatirung der Versammlung aus irgend einem Grunde (beispielsweise wegen ungenügender Theilnahme) unterblieben ist. Der Veranstalter einer derartigen Zusammenkunft oder Versammlung, welcher den Platz dazu eingeräumt hat, ist strafbar, wenn nicht von der Versammlung vorher bei der Dispolizeibehörde Anzeige gemacht worden ist.

[Compromiß zwischen der national-liberalen und der conservativen Fraktion für die dritte Lesung des Socialistengesetzes.] Wir theilen nach der „Post“ nochmals die Compromiß-Amendements über die gestrichenen §§ 6—10 und 16, sowie zu § 19 mit, da sie in dem gestern nach Schluß der Redaction eingetroffenen Berliner Telegramme durch einen sinnentstellenden Fehler unverständlich geworden sind:

§ 6 bleibt unverändert nach den Vorschlägen der Commission.

In § 16 ist zugefügt, daß ein Agitator mindestens sechs Monate seinen Wohnort in einer Dristhaft gehabt haben muß, falls er der Ausweisung ohne Weiteres entgegen soll. Die Commissions-Vorschläge wollten seine Ausweisung aus seinem Wohnorte überhaupt ausschließen.

In § 19 wird zugefügt, daß dem Kaiser die Ernennung eines jehnten Mitgliedes der Recurs-Commission zuziehen soll.

Dresden, 17. Oct. [Graf Reuß] ist mit seiner Familie aus Wien hier eingetroffen und reist, dem „Dresdener Journal“ zufolge, nach London zurück.

Frankfurt, 16. Octbr. [Mandats-Niederlegung.] Der „Fr. Ztg.“ zufolge hat der Landtagsabgeordnete für Frankfurt, Herr Dr. Schrader, sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt.

Oesterreich.

* Wien, 16. October. [Oesterreich und die Pforte.] Die von vorgestern datirte Antwort des Grafen Andrassy auf die Depesche Saoufet Paschas, die Garathedory am 8. hier überreichte mit der Notification, daß dieselbe auch den Mächten zugestellt worden sei, ist in der heutigen „Wiener Abendpost“ abgedruckt. Wir entnehmen daraus mit Vergnügen, daß „nicht ein Fall von Plünderung seitens unserer Truppen vorgekommen“; daß „in Serajewo bloß einige Häuser verbrannt wurden, nicht etwa als Maßregel der Repressalien nach der Einnahme der Stadt, sondern als natürliche Folge des Kampfes in den Straßen“; daß „die Militärgerichte nur einzelne Individuen haben hinrichten lassen, bei welchen die sorgfältigste Untersuchung die Theilnahme an entsetzlichen Mordthaten zur Evidenz ergeben.“ So ist denn endlich die so hoch notwendige Rectification erfolgt, die ich gleich anfangs für dringend erklärte, die aber — aus hochmüthiger Mißachtung der Journalistik? — ausblieb, als der Brief des Priors Pjaner über Banjaluka, die Feldpostbriefe vom Regimente Molinary über Serajewo u. s. w. die Kunde durch die Blätter machten. Ein rechtzeitiges Dementi hätte die Pforte vor ihrem selbstmörderischen Streiche bewahrt und Oesterreich vor einer Spannung seiner Beziehungen zum ottomanischen Reiche geschützt, die jedenfalls nur Rußland zu Gute kommt und uns die Ueberwindung der inneren Krisen auch nicht erleichtert. Ein solches Dementi würde Saoufet Pascha abgehalten haben, sich durch Berufung auf die Berichte Hafs Paschas, des großen Veräthlers von Serajewo, gleichzeitig lächerlich und verächtlich zu machen. Aber auch die Officiellen selber haben gefündigt durch Aufnahme leichtfertiger Berichte, wie z. B. daß der Millionär Mehemedovic in Brischka ohne weiteres föhrt, weil er auf der Liste Derer oben stand, deren sofortige Erschießung im Falle der Ergreifung im voraus von Philippovic angeordnet sei: denn die Note Andrassy's bringt ausdrücklich das regelrechte Verfahren unserer Militärgerichte in Gegensatz zu den „Prescriptionslisten“ Omer Paschas bei Niederwerfung des Aufstandes der Bosnien von 1851. Auffallend ist nur, daß Graf Andrassy den Occupationskrieg von 1878 mit jenem Kampfe Omer's in Parallele stellt: ist denn die Annexion schon eine vollendete Thatsache? Die damals Executirten hatten sich dem Landesherrn mit den Waffen in der Hand widersetzt und das ist ja eben das Bedenkliche bei mehreren der Executionen in Serajewo und Brischka, daß Männer, wie Zamarcovic, Mehemedovic, Mehshid so behandelt wurden, als hätten sie durch Unterthänigkeit und Organisirung des Widerstandes bereits anticipirenden Hochverrath gegen den neuen Landesherrn verübt. Haben sie sich aber auch an gemeinen Verbrechen betheiligt, so war es zeitgemäß, die Beweise dafür zu veröffentlichen oder mindestens die Thatsache selbst zu publiciren. Jedenfalls entspricht aber der Kern der Note, daß es „unser Pflicht war, die Muselmanen in demselben Grade zu schützen, wie die Christen“, in erfreulichster Weise den besten und ältesten Traditionen Oesterreichs und bringt den Gegensatz zwischen unserer und der russischen Politik ins hellste Licht, die sich nirgends entblödete, sich die Arbeit zu erleichtern, indem sie die Christen zur Ausrottung der Moslim aufregt! Uebrigens ist die Pforte über die Nichtwürdigkeit und Dummheit, zu der sie sich durch russische Einflüsterungen hat verleiten lassen, bereits voll tieferer Reue ... so wenigstens melden unsere Officiellen.

Schweiz.

Zürich, 13. Oct. [Das Militärstrafgeset. — Gebirgsartillerie. — Die Walliser gegen die Gotthardsubvention. — Die gemeinnützige und die statische Gesellschaft. — Apothekerverein. — Alpenclub. — Aus Tessin. — Die Genfer Volksabstimmung. — Aus Graubünden. — Die Berner Christkatholiken. — Kirchliches aus Schwyz. — Bonapartistisches.] Da die Volksabstimmung von keiner glücklichen Zahl Bürger verlangt wurde, so ist nun wirklich das alte Schmerzenskind, das Militärstrafgesetz (dritte abgeschwächte Auflage), in Kraft getreten. Damit hört wenigstens die bunsische Verschiedenheit der cantonalen Militärpflichtersatzarten auf und der Bund braucht nicht an die Cantone zu gelangen, damit er Geldcontingente erhebe und dadurch seine Selbstständigkeit gefährde. — Das Regiment Gebirgsartillerie, bestehend aus einer Graubündner und einer Walliser Batterie zu je sechs Geschützen, hat seinen Curfus in Thun beendet und einen wahrhaften Ausmarsch über den 2262 Meter hohen Sustenpass gemacht. Diese Artillerie führt Krupp'sche Ringgranaten und schießt bis auf 2000 Meter mit fabelhafter Sicherheit. — Die Waadtländer wollen mit Gewalt die gehegte eidgenössische locomotive bremsen; sie sammeln tagtäglich Stimmen zum Referendum gegen das Gesetz über die Gotthardsubvention, werden sich aber der Eidgenossenschaft gegenüber gründlich isoliren und blamiren, um so mehr, als es doch auch in der Waadt noch gute friedliebende Eidgenossen giebt. — Die beiden unzertrennlichen Gesellschaften, die gemeinnützige und die statische, hielten ihre Jahresversammlungen gleichzeitig in Chur ab. Sie beschäftigten sich hauptsächlich mit der Aussicht in der Volksschule und den höheren Lehranstalten, mit der Gründung einer Rettungsanstalt für verwahrloste Mädchen, mit dem Steuerwesen und dem Steuerdruck, mit den Aufgaben der nächsten Volksabstimmung. Der Schweizerische Apothekerverein tagte in Zürich und beschloß u. a., dahin zu wirken, daß den Pharmaceuten am Polytechnikum Gelegenheit geboten werde, die Lebensmittelpreisung gründlich zu studiren, um das Patent als Gerichts- und Gesundheitschemiker zu erlangen. Der Alpenclub nahm zu Interlaken Vorträge entgegen über die Forstwirtschaft im Hochgebirge und über die Alpenluft und versagte sich nicht die üblichen Vergnügungen. — In Tessin wird die Reaction immer hochgradiger, aber „allzu hitzig ist nicht witzig“; der Bund wird wohl nachhaken mit seiner langen Hand hineinzufragen müssen. Die Schule tanzt bereits ganz nach der ultramontanen Pfeife und die liberale Presse wird mit einem förmlichen Wasserfall von Preprocessen überschüttet. Der Nordüberfall zu Stabio, wo vor zwei Jahren Ultramontane aus einem Hause schossen, kommt erst jetzt vor Gericht; der Staatsanwalt klagt aber nicht die Mörder an, sondern die Liberalen, welche sich ihrer Haut wehren! — Der vom Genfer Volk mit 8576 gegen 2670 Stimmen verworfene Verfassungsentwurf der herrschenden liberalradicalen Partei Carleret enthielt u. a. eine Erhöhung der Gehälter der Staats-

*) Verpätet eingetroffen.

D. Red.

rätze, zweijährliche statt vierjährlicher Erneuerung der Gemeindeführer, Zwang zum Besuch der unter alleiniger Staatsaufsicht stehenden Volksschule, gänzliche Ablösung der katholischen Gemeinden von Rom und Anschluß derselben an das christlich-katholische Bistum der Schweiz. Als ein Hauptverwerfungsgrund gilt die erhöhte Staatsratsbesetzung; die Arbeiter, welche sonst in Masse der Regierung anhängen, waren auch unzufrieden, daß in dem Entwurf das Referendum und andere Volksrechte fehlten und daß er keine Steuerreform brachte. — Die Graubündner haben an dem Gesetzentwurf über Besteuerung der Seitenerbschaften keinen Gefallen gefunden, sondern ihn mit 7328 gegen 2007 Stimmen verworfen. Das Volk da hinten entschließt sich schwer zu Neuerungen, pflegt aber die Waffen zu strecken, wenn die Behörde zum zweiten oder dritten Mal wiederkommt, was zum Besten des mageren Staatsfiscals sicher gesehen wird. — Die christlich-katholischen Priester des Cantons Bern erklären im „Démocrate“, daß sie trotz der ergangenen Amnestierung der ultramontanen Geistlichen treu auf ihrem Posten und in ihrem Kampfe gegen die Uebergriffe der römischen Kirche verharren werden. — Da in Schwyz die Wahl eines Dompropsten bevorsteht, so empfiehlt der „Vöte der Ur-schweiz“ dem Regierungsrath, eine solche Persönlichkeit zu wählen, welche dahin wirkt, daß die Katholiken aller schweizerischen Diöcesen die gleiche Zahl Festtage zu halten hätten, daß den Priestern die geistliche eine gebietende philosophische und theologische Bildung beigebracht werde und daß das Bestreben obwalte, mit dem Staate auf einem freundlichen Fuß zu stehen. — In Aarau stecken Egonie, Cardinal Bonhoefer von Rouen und andere Rathgeber die Köpfe zusammen, um sich auf 1880 zu rüsten; — man schmeichelt sich wohl, daß der Nachfolger des Präsidenten Mac Mahon — Kaiser Napoleon IV. werde.

Frankreich.

Paris, 15. Octbr. [Die Ausstellungslotterie. — Die Arbeiter als Besucher der Ausstellung. — Uebelsände bei der Preisvertheilung. — Der socialistische Arbeiter-Congress. — Graf Benji.] Die große Ausstellungslotterie beschäftigt das Publikum, wie die Regierung und die Ausstellungsbehörde in zunehmendem Maße. Die Lotterietickets gehen rasender als jemals ab und die Ausgabe der 6. Million, welche die letzte sein soll, wird nicht auf sich warten lassen. Der Anblick der zahllosen Gegenstände, die in der Ausstellung mit dem Vermerk bezeichnet sind „für die National-Lotterie angekauft“ oder „für die Nationallotterie gekauft“ ist freilich gar verlockend. Die Ziehung der Gewinne ist bei einer so riesenhaften Lotterie keine Kleinigkeit und man fragt sich, wie diese schwierige Aufgabe gelöst werden wird. Es ist darüber noch nichts fest bestimmt, aber die Ziehung wird jedenfalls eine Reihe von Wochen dauern und es soll ihr eine Ausstellung aller zu verlosenden Gegenstände im Industriealpalast der Champs Elysées vorangehen. Unterdessen setzt der Handelsminister die Vertheilung der Summen fort, welche ihm aus dem Ertrage der Lotterie zufließen, und es ist schon eine große Anzahl von Arbeitern aus der Provinz nach Paris geschickt worden. Gerade in diesem Augenblicke ist eine beträchtliche Menge derselben hier anwesend. Man erkennt diese guten Leute leicht an ihrem Coßum, ihren blauen Blousen und Cylinderhüten. Damit sie von ihrem Besuch so viel wie möglich Vortheil ziehen, giebt man ihnen in der Ausstellung gewisse Unterweisungen. Viele angesehene Gelehrte, Künstler, Industrielle u. s. w. haben sich in anerkannter Weise angeboten, die Arbeiter gruppenweise umherzuführen und ihnen alles Sehenswerthe, namentlich für ihr specielles Fach Interessante zu erläutern. Demnach werden nun auch die Arbeiter aus Paris und Umgebung, die man bisher nur Sonntags auf dem Marsfelde bemerkte, an den Wochentagen in großen Massen daselbst auftreten. Der Handelsminister hat dem Generalrath des Seine-Departements 500,000 Karten zur Vertheilung gestellt, welche an Unbemittelte zu vertheilen sind, die voraussichtlich in der Ausstellung etwas für ihr Handwerk lernen können. Natürlich würden die Galerien des Marsfeldes überfluthet werden, wenn dieses Heer von Besuchern mit einem Male Einlaß fände. Der Seinepräfekt soll sich daher so einrichten, daß für jeden Tag nur 50000 Karten zur Vertheilung kommen. Auch dieses beschränkte Contingent wird sich ohne Zweifel schon stark bemerkl machen und man hat also für die letzten Wochen der Ausstellung eine immer zunehmende Ueberfüllung zu erwarten. Der Zubrang ist ohnedies ein ungeheurer und am letzten Sonntag sind über 152,000 Personen eingelassen worden. Vom 19. bis zum 24. October namentlich hat Paris sich auf eine gewaltige Ueberfüllung gefaßt zu machen. Alle Eisenbahnen haben zahlreiche Vergnügungszüge organisiert und wenn das Wetter nicht einen Strich durch die Rechnung macht, werden wir Ähnliches erleben, wie am 30. Juni. Unter den Ausstellern herrscht immer noch die alte Unzufriedenheit über die Verspätung der Preisvertheilung. Wenn auch die Ausstellung, so sagen sich die Betreffenden, bis zum 10. November verlängert wird, so reicht das nicht aus, den durch die Verspätung entstandenen Schaden wieder gut zu machen. Uebrigens wird nach dem 1. November der Besuch sich doch jedenfalls vermindern. Die Aussteller sind schon officiell davon benachrichtigt worden, daß sie vom 1. Noobr. ab mit dem Einpacken und Abführen ihrer Waaren beginnen können und wenn sie gleich angewiesen sind, dabei das besuchende Publikum nicht zu stören, so wird doch die allmähliche Lichtung der Galerien die Besucher in die Flucht schlagen und die preisgekrönten Aussteller werden nicht viel Nutzen davon haben, daß sie ihre Medaillen für ein paar Tage an ihren Glaskästen aushängen können. Die Genugthuung, ihren Namen im „Amisblatt“ zu lesen, werden Manche erst nach Schluß der Ausstellung haben, denn man rechnete aus, daß das „Amisblatt“, wenn es täglich etwa 1000 Namen bringt, einen vollen Monat zur Veröffentlichung der Preisliste brauchen wird. — Am nächsten Dienstag (22.) wird die Angelegenheit des socialistischen Arbeitercongresses vor das hiesige Zuchtpolizeigericht kommen. Von den 60 Personen, welche ursprünglich angeschuldigt waren, sind 39 vor das Gericht geladen worden unter der Anklage einer nicht von der Regierung erlaubten Gesellschaft von mehr als 20 Personen angehört zu haben. — Der Graf Benji ist auf dem Wege nach Wien hier angekommen.

Paris, 15. October. [Die Wahl in Moulins. — Zur Handelsstatistik. — Dupanloup's Testament. — Perso-nallen. — Zur ägyptischen Angelegenheit.] Die Wahl des radicalen Datas in Moulins wird natürlich von den reactionären Blättern wieder als ein Argument gegen die Regierungspolitik ausgebeutet. Die Orléanisten z. B. geben sich den Anschein, nicht glauben zu können, daß der conservative Dufaure auch ferner mit der republikanischen Mehrheit der Kammer gemeinsame Sache machen werde, nachdem ihm bewiesen worden, daß das Land mit vollen Segeln auf den Radicalismus losfuere. Aber das Publikum nimmt an dieser Zeitungspolemik gar kein Interesse mehr und so fehlt es denn den Blättern auch selber am rechten Eifer. Der Gegner des neuen Deputy von Moulins, Bigne, der bisher Bürgermeister dieser Stadt gewesen, hat in Folge seiner Niederlage seine Entlassung gegeben. — Im „Amisblatt“ erschien heute der Bericht über die Resultate des französischen Handels mit dem Auslande während der ersten neun Monate dieses Jahres. Sehr günstig sind dieselben nicht; die Situa-

tion bleibt ungefähr, was sie zu Ende des August war. Die Einfuhrbewegung ist in der Zunahme und die Ausfuhrbewegung in der Abnahme begriffen. Der Abstand zwischen Import und Export erhöhte sich um 111 Millionen im Monat September. Vom 1. Jan. bis zum 30. September 1878 betrug der Gesamtwert der Einfuhr 3255 M. In der entsprechenden Periode des Vorjahres stellte er sich nur auf 2713 M. Unterschied 542 M. Wenn man in die Einzelheiten eingeht, so findet man, daß namentlich die Einfuhr der Nahrungsmittel zugenommen hat. Sie stieg von 727 auf 1049 Millionen. Die Ausfuhr wird dieser Vermehrung wohl nicht fremd sein. Die Einfuhr der Rohstoffe für die Industrie andererseits ist um 205 M. gestiegen. Was die Ausfuhr angeht, so ist sie von 2577 M. pro 1877 auf 2448 M. zurückgegangen, und der Export des wichtigsten Artikels insbesondere, der „fabricirten Gegenstände“ hat sich von 1369 M. auf 1356 M. vermindert. — Der Leichnam Dupanloup's wird nächsten Montag in Tours ankommen und die dortige Trauerfeier wird von dem Cardinal-Erzbischof von Paris, Herrn Gubert, geleitet werden. Gestern hat man das Testament des verstorbenen Bischofs eröffnet. Dupanloup hinterläßt ein einbalsamirtes Herz der Gemeinde St. Felix, seiner Heimathstadt und seinen Körper der Stadt Orléans. Den größten Theil seines Vermögens vermacht er seinem Mündel, dem Sohne seines Freundes de Boys. Dilem Testament ist ein anderes beigefügt, welches die Aufschrift „Mystisches Testament“ trägt, von dessen Inhalt aber noch nichts verlautet. — Der Marischall Mac Mahon empfing heute im Elysée den Kronprinzen von Schweden und den Grafen von Klandern. Prinz Amadeus von Stallen wird für Donnerstag hier erwartet. Der Minister des Auswärtigen gab gestern ein Diner zu Ehren des Grafen Schwaloff, an welchem Fürst Orloff und andere Diplomaten Theil nahmen. — Man versichert, daß die Unterhandlungen betrefß der ägyptischen Angelegenheit vollständig beendet sind. Der von Waddington in Vorschlag gebrachte Franzose de Blignidres, heißt es, wird ägyptischer Arbeitsminister und seinem Ressort werden die Canäle, die Wasserbauten, die Eisenbahnen und die Häfen (mit Ausnahme desjenigen von Alexandrien) zugetheilt. Die Domainenverwaltung dagegen soll einer Commission übertragen werden, welche direct vom Ministerconseil und nicht von einem einzelnen Minister abhängt und aus drei Mitgliedern, einem Ägypter, einem Engländer und einem Franzosen besteht. Der heute von der „Times“ veröffentlichte gegen das Abkommen gerichtete Artikel ist den hiesigen Abendblättern nicht telegraphisch mitgetheilt worden.

Großbritannien.

A. C. London, 15. Octbr. [England und Afghanistan.] Die „Times“ bemerkt zu der Nachricht von der demnächstigen Rückkehr des viceröylichen Commissärs aus Kabul mit der Antwort des Emirs, daß der Emir es noch immer in seiner Macht habe, das Auf-treten seiner Untergebenen zu mißbilligen und dasselbe durch bedingungs-lose Gewährung unserer Ansprüche wieder gut zu machen.

Ein solcher Ausgang, fährt das Cityblatt fort, ist zwar möglich, allein durchaus nicht wahrscheinlich. Unsere Soldaten werden auf alle Fälle zu thun bekommen. Wenn der Emir auf seinem Eigenthum beharrt, so wird es nöthig sein, ihn durch Gewalt zu befehlen. Wenn er ohne Kampf nach-giebt, so werden wir die Truppen nöthig haben, um die neue Grenzlinie zu besetzen, welche wir jetzt einzunehmen entschlossen sind, und die vor-gezeichneten Positionen zu halten, welche wir uns ausbedingen müssen. Für den Augenblick fehlt es an jeder Nachricht. Wenn wir zum Kriege gegen Afghanistan genöthigt werden, so wird dieselbe wahrscheinlich in der gleichen heftigen und sicheren Weise geführt werden, wie unsere afghanische Cam-pagne. Die Arbeit wird eine schwierigere sein, allein wir haben es in un-serer Macht, sie zu einem erfolgreichen Ziele zu führen. Wir werden nicht dabei verlieren, wenn wir ein paar Wochen, ja selbst einige Monate zu-warten. Jedenfalls wird die in der Zwischenzeit unermessliche Einbuße an Prestige weniger schwer ins Gewicht fallen, als die unbedenklichen Nachtheile eines überzogenen und von verhängnisvollen Folgen begleiteten Schrittes. So gering auch die Chancen für ein Nachgeben des Emirs sind, so lange wir uns nicht rühren, so würde es doch nicht weise sein, sie durch einen augenblicklichen Vormarsch zu zerstören. Der Emir besitzt nur ein einziges Mittel, um uns zu sofortigem Einschreiten zu zwingen; wenn er die jenseits unserer Grenzen lebenden Stämme anreizt, welche sich uns freundlich erweisen haben, so wird es unsere Pflicht, dieselben sofort und um jeden Preis zu unterstützen. In diesem Falle bliebe uns keine andere Wahl übrig.

Provinzial-Beitung.

—d. Breslau, 17. Octbr. [Breslauer Bienenzüchter-Verein.] Die rege Theilnahme an der letzten Vereinsversammlung und der Beiritt neuer Mitglieder bezeugt, daß das Interesse für die Bienenzucht in unserer Stadt und deren Umgebung immer allgemeiner wird. Die Mitgliederzahl ist nunmehr bis auf 52 gestiegen. Hauptlehrer Dürr gab einen sehr ausführ-lichen Bericht über die bei Gelegenheit der Schlesischen Gartenbau-Aus-stellung arrangirte bienenwirtschaftliche Ausstellung. Redner sprach zu-nächst sein Bedauern aus, daß die bienenwirtschaftliche Ausstellung in den Augen des Comites für die Gartenbau-Ausstellung nur als ein entbehr-liches Anhängsel gegolten zu haben scheint. In den äußersten und unan-nehmlichen Winkel der Fallertinsel vertrieben, ertheilte sie sich dennoch eines äußerst zahlreichen Besuches; die Breslauer Vereinsmitglieder hatten wäh-rend der Ausstellungszeit vollauf zu thun, dem misbegünstigten Publikum die Geheimnisse des Bienenlebens zu erklären und die vielen an sie gestell-ten Fragen zu beantworten. Ohne auf den Bericht näher eingehen zu können, sei nur erwähnt, daß die bienenwirtschaftliche Ausstellung die Bienenzucht unserer heimathlichen Provinz würdig repräsentirte. In Betreff des Verhaltens des Vereins bei künftigen Ausstellungen wurde beschlossen, sich nur in dem Falle an denselben zu betheiligen, wenn dem Vereine die nöthigen Garantien geboten werden und er mit den andern Ausstellern gleiche Rechte hat. Nach Erledigung des Fragestuhls wurde mitgetheilt, daß in der Montag, 11. November, abzuhaltenden Versammlung vom Schrift-führer des Vereins, Herrn Leue, Modelle und Bienenzuchtgeräthe vorge-zeigt und deren Anwendung erläutert werden sollen.

—d. Breslau, 17. Octbr. [Bezirksverein für den nordwest-lichen Theil der inneren Stadt.] In der gestern Abend im Café restaurant abgehaltenen Versammlung erinnerte der Vorsitzende, Sa-nitätsrath Dr. Eger, zunächst an einen von Redner Dr. Carstadt früher im Verein gehaltenen Vortrag über die höheren Bürgerschulen. Diese pro-sperirten nach Ansicht des Herrn Dr. Carstadt deshalb nicht besonders, weil die Abiturienten derselben gewisse Subalternbeamten-Stellen nicht er-langen könnten. Redner habe damals weiter ausgeführt, daß es wohl möglich wäre, die Abiturienten der höheren Bürgerschulen diese Facultät erlangen zu lassen, wenn die 1. Klasse in 2 Klassen getheilt würde, was ohne neue Opfer seitens der Stadt geschehen könnte. Der Verein habe seiner Zeit eine diebezügliche Petition an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen lassen, welche die Petition der Schulen-Commission überwiesen habe. In der letzten Sitzung der Schulen-Commission sollte nun diese Petition zur Verabreichung kommen; die Verabreichung mußte aber verlagert werden, weil Stadt-Schulrath Thiel, welcher über diese Frage Mittheilung zu machen hatte, an der Theilnahme der Sitzung verhindert war. — An Stelle des erkrankten Han-delskammer-Syndicus Dr. Gras übernahm nunmehr der Vorsitzende selbst das Referat über die neue Straßenordnung. Die neue Fahrordnung sei, wie Redner ausführte, der Ausfluß eines gewissen Local-Patriotismus des Herrn Polizei-Präsidenten, denn sie sei originell und existire kaum in irgend einer Stadt Deutschlands. Daß der Herr Polizei-Präsident der Stadt habe nützen und eine Erleichterung bringen wollen, darüber müsse man einig sein. Indem Redner einen Blick auf andere große Städte wirft, führt er aus, daß in Wien, wo die verkehrsbedingten Gebährte haarfarr neben einander herjagen, nur 2 oder 3 Straßen gewisse Einschränkungen im Ver-kehr zu erdulden hätten. Ebenso verhalte es sich in Berlin. In Köln gebe es nur eine Straße, die von Lastwagen nicht befahren werden dürfe. Viel-leicht sei Paris die einzige Stadt, die sich einige Einschränkungen gefallen lassen müsse. Man müsse, wie Redner fortfährt, mit Entschiedenheit, aber

auch mit Mäßigung an die Kritik der Vorlage gehen. Es müsse vor Allem der Gesichtspunkt festgehalten werden, daß das Publikum billige Rücksicht auf Handel und Gewerbe in unserer Stadt zu nehmen habe, der Handel aber dürfe nicht vergessen, daß er gleiche Rücksicht dem Publikum schuldig sei. Es müsse gleichsam ein gegenseitiger Compromiß geschlossen werden. Einzelne Bestimmungen der Straßenordnung seien vorzüglich, andere wiederum seien zu verwerfen. Es müsse festgehalten werden, daß Breslau eine Stadt des Handels und Gewerbes sei. Sollte die neue Straßenordnung durchgesetzt werden, so würde bei der großen Complication, die in ihr zusammengebeugt ist, die Polizei nicht hinreichen. Redner ist der Ansicht, daß zur Verabreichung der neuen Straßenordnung Sachverständige aus dem Bürgerkreise zugezogen werden müssen. — Zu den einzelnen Paragraphen übergehend, findet es Redner sehr hart, wenn Straßen, wie die Marischall- und Dorotheengasse zu denjenigen Straßen gezählt werden sollen, welche von bespanntem Lastfuhrwerk nur dann befahren werden dürfen, wenn Hausbesitzer-Gegenstände zu- oder abgeführt werden sollen. In genannten Straßen befinden sich eine Menge Waarenlager und Speicher. Wer entfähige die Besitzer? Wohnungsaus den Speichern herzurichten, dagegen müsse er (Redner) sich mit aller Entschiedenheit aus Gründen der Sanität ausdrücken. Ebenso erklärt sich Redner gegen § 25, der das Befahren einzelner Straßen nur von einer Richtung her zuläßt, weil diese Bestimmung zu allzu großen Umwegen zwingt. Eine Ausnahme sei vielleicht bei der überlasteten Schmiedebrücke zu machen. § 26, welcher dem Lastfuhrwerk, welches aus einer Vorstadt in die andere geht, den Weg durch die innere Stadt verbietet, sei zu concediren, wenn man für gutes Pflaster auf dem äußeren Stadigraben Sorge. Dagegen sei al. 3 dieses Paragraphen, betreffend den Verkehr der Roll- und Lastwagen in der Zeit von 10 Uhr Abends bis 10 Uhr Morgens, ganz unzulässig. Der Stand der Kaufleute und Speditoren, welche 90 pCt. zur künftigen Steuer be-trägen, werde hierdurch auf die allerempfindlichste Weise geschädigt. Eine Eisenbahn-Verordnung sage, daß jedes ankommende Gut binnen 6 Stunden vom Güterboden abgeholt werden müsse. Bei der neuen Straßenordnung könnten hierzu nur die Morgenstunden benutzt werden. Die Kauf-leute müßten ein zwei- bis dreifach größeres Personal halten, um die Arbeit, auf so kurze Zeit zusammengedrängt, zu bewältigen, die Eisen-bahnen müßten Nachtdienst einrichten. Er erinnere ferner daran, in welch' großen Colonnen die Straßen befahren würden zc. Den § 86, welcher ver-bietet, daß aus den Speichern und Waarenlagern in der inneren Stadt Kisten, Kisten, Colliis und andere größere Gegenstände nur in der Zeit von 10 Uhr Abends bis 10 Uhr Vormittags über die Bürgersteige bewegt werden, hält Redner für undurchführbar und unmöglich, ebenso den § 92, welcher das Nachtsausweichen der Fußgänger anordnet, es müßte denn hier für jeden Passanten ein Polstzill gehalten werden. Redner bemerkt hierzu noch, daß es demgemäß unmöglich sei, sich im Hofraum die Schattenfeste auszuweichen. Den § 103, welcher das Fortschaffen des aus den Dachrinnen herabgeworfenen Eises und Schnees behandelt, hält Redner für vortrefflich, wenn er sich durchführen lasse. Bei der hierzu gehörigen Bestimmung über die Fortschaffung von Rebricht, Althe zc. nimmt Redner Gelegenheit, auf die Nothwendigkeit der Anseuchung des Gemüthes hinzuweisen, damit beim Be-laden des Rärnerwagens nicht so große Staubwolken entwidelt würden. Den § 105 endlich, betreffend die Reinigung des Pflastes und des Straßenraumes hält Redner für zeitgemäß. — Hieran entwidelt sich eine längere Debatte über den Modus der Verabreichung der neuen Straßen-ordnung, an der sich die Herren Kaufmann Straß, Particular Grobke, Kaufmann Streblitz, Rechtsanwalt Zentler und der Vorsitzende, betheil-igten. Es wurde beschlossen: 1) eine Commission zu wählen, deren Auf-gabe es sei, die einzelnen Paragraphen der neuen Straßenordnung genau durchzuarbeiten, ein Gutachten auszuarbeiten und dasselbe seiner Zeit dem Verein vorzulegen; 2) die Commission solle nach dem vom Vorsitzenden aus-gesprochenen Grundsatze, daß Publikum und Handelsstand gegenwärtig billige Rücksicht bei der Beurtheilung der Straßenordnung zu nehmen haben, ver-fahren und 3) solle in den nächsten Sitzungen in der Generaldebatte über die Straßenordnung fortgesetzt werden. — In die Commission wurden gewählt die Herren Kaufmann Straß, Spentur Goldschmidt, Kauf-mann Gustav Scholz, Kaufmann Streblitz, Rechtsanwalt Zentler, Klemptnermeister Scholz, Kaufmann Lörigge, Kaufmann Frank-furth, Sanitätsrath Dr. Eger, Handelskammer-Syndicus Dr. Gras, Juwelier Marischaldt, Particular Grobke, Brauereibesitzer Bruck, Kaufmann H. Fegler und Kaufmann Schlegelinger. Der Commission wird außerdem das Recht der Cooptation bewilligt.

A. F. Breslau, 16. Octbr. [Handwerker-Verein.] Am letzten, sehr lebhaft besuchten Vereinsabend erklärte Herr Redner Dr. Carstadt in einer Reihe interessanter, an verschiedenen Apparaten und Modellen, wie Säge- und Drumpumpen, Barometer u. s. w. vorgenommenen Vorlesung, die Er-scheinungen und die Gesetze des Luftdrucks. An dem beifällig aufgenom-menen Vortrag, für welchen der Vereins-Vorsitzende dem geehrten Redner dankte, knüpfte der Redner einige, die Beschlüsse der jüngsten combinirten Repräsentanten- und Vorstands-Versammlung betreffende Mittheilungen. — Der humoristische Gesangsverein „Uli“ hat die Mitglieder des Handwerker-Vereins zu seiner, am 4. November bei Paul Scholz zu veranstaltenden Gesangs-Soiree eingeladen und Programm, als Eintrittskarten giltig, zu dem Ausnahmepreise von 30 Pf. pro Person bei den Herren Urmacher Jander und Photograph Böhm, Gartenstraße, hinterlegt. — Der für diesen Abend angekündigte Vortrag soll, wenn möglich, auf den darauf folgenden Donnerstag verlegt werden. — Die Beantwortung einiger Fragen schloß den Abend.

Breslau, 18. October. Angelommen: Se. Durchlaucht Fürst Schadowsky, General-Lieutenant aus Warschau. Se. Durchlaucht Prinz Czartoryski aus Posen. Ihre Durchlaucht Prinzess Schadow-sky aus Warschau.

* [Zur Jagd.] Aus Neußal schreibt man: „Ein seltenes Jagdglück hatten am vergangenen Mittwoch 4 Schützen aus Neußal und Umgegend, indem dieselben im Laufe des Nachmittags auf dem Röstler Revier, welches dem königl. Oberförster Herrn Hering in Röstler gehört, 2 Wal-dschneepfe, 32 Hasen und 153 Kaninchen erlegten. Wäre das Wetter nicht so regnerisch gewesen und hätten die betreffenden Schützen nur eine Ahnung von dem außerordentlich großen Kaninchenstande gehabt, so würde mehr Munition mitgenommen worden sein und dann das Resultat eine bedeutend höhere Ziffer bezüglich der Kaninchen erreicht haben.“

* [Auf eine Jagd.] Aus Striegau melden die dortigen Blätter: Auf die Mar hin, daß sich in unsern Forsten ein Wildschwein aufhalte, thaten sich bis an die Jague bewaffnete, des edlen Wildwerks kundige und untüchtige Männer zusammen, um die Sau abzufangen. Nach Umstellung des Berges begann ein wildliches Treiben, wobei nicht weniger als sechs Hasen theils mit Revolver theils mit Gendfänger abgethan wurden, die Sau aber nach Bilgramshain entkam. Sie war nämlich von Haus aus zahm, gehörte einem Bauerlein, das sich beim Transport derselben „Einen“ gekauft und in's Gras zu einem Schlafchen gelegt, und war von Wildhunden ihrer Fesseln an einem Baume entledigt und in den Wald gejagt worden, wo sie von unsern Forstbedienten für ein Wildschwein angesehen wurde.

* [Personalien.] Bekümmert die Wiederwahl des bisherigen Rath-manns Martin, die Wahl des königl. Oekonomie-Commissionsraths Müllersdorf und des Oekonomie-Rathmanns zu unbefindlichen Rathmännern der Stadt Steinau a. O. Die Vocation für den Zeichenlehrer Jadel zum technischen Lehrer an der städtischen Vorhule der königl. Gewerbeschule zu Breslau. Wiederrücktritt bekräftigt die Vocationen: 1) für den Adjunkten Weiß-mann zum zweiten Lehrer an der evang. Schule in Hartau, Kreis Walden-burg; 2) für den Lehrer Stempel zum Lehrer an der evang. Schule in Ullersdorf, Kreis Glog; 3) für den Adjunkten Straßnig zum zweiten Lehrer an der kath. Schule in Wärralde, Kreis Münsterberg; 4) für den Adjunkten Kleinewald zum dritten Lehrer an der kath. Stadtschule in Grotten a. B.; 5) für den Schulamts-Candidaten Heyde zum dritten Lehrer an der evang. Schule in Oppernfurth, Kreis Wohlau; 6) für den Lehrer Wiedermann zum Lehrer an der evang. Elementarschule in Rarnstadt; 7) für den Lehrer Seibolt zum Lehrer an der evang. Stadtschule in Namslau; 8) für den Schulamts-Candidaten Gilge zum zweiten selbstständigen Lehrer an der evang. Schule in Neubielau, Kreis Reichenbach; 9) für den Lehrer Krause zum Lehrer an der evang. Schule in Baulwie, Kreis Wohlau; 10) für den Schulamts-Candidaten Wegner zum evang. Lehrer in Maliers, Kreis Oels.

Befähigt: Die Vocation für den Predigamts-Candidaten Jakob zum Diakon an der evang. Pfarrkirche in Strehlen und Compasior von Friedersdorf.

In den Justizdienst wieder aufgenommen: Der frühere Gerichts-Assessor Gustav Freitag zu Breslau.

Ernannt: 1) Der Gerichtsassessor Casar Predari zu Schweidnitz zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Schweidnitz. 2) Der Gerichtsassessor Karl Rode aus Breslau zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Namslau. 3) Der Stadtgerichts-Rathsdienarius Ferdinand Giller zu Breslau zum Secréär, Gerichtsklassen-Controllor und Sporelbedient bei dem Kreisgerichte zu Frankenstein. 4) Der Civil-Supernumerarius Richard Fliegner aus Trebnitz zum Bureaudienarius und der Sergeant und Bataillons-Schreiber Hermann Ziebig zu Schweidnitz zum Bureauchiffen bei dem Stadtgerichte

8 Breslau, 17. Octbr. [Schwurgericht. — Meineid, Anstiftung zum Meineid und versuchte Verleitung zum Meineid.] (Fortsetzung.) V. Neben den beschriebenen Prozessen, welche Mülle mit Schöbel als Kläger aufgetreten, theils von denselben auf Gewährung der ihnen vertragsmäßig zuzuschendenden Auszugsprästationen verklagt worden war. Auch hier hat beduiss Herbeiführung falscher Zeugenaussagen in umfangreicher Weise eingewirkt. Die Eingangs bereits erwähnt, hatte M. im Jahre 1870 von Auser beschriebenen Auszugs-Naturalien mußte er vertragsmäßig alljährlich um sich von diesen Verpflichtungen zu befreien, strengte er im Juni 1875 klagen Arbeitelohn von denselben verlangte. Er gab an, daß er im Jahre ihm dieser für Leistung der Schmiedewerkstatt und Zehmschäftung der Aderwölde. Den Lohn habe er aber während seiner 10jährigen Thätigkeit nicht anerkannt hätten, suchten gleichwohl ihn um das Geld zu bringen, denn sie veräußerten ihre Kaufgelderbestimmung und wollten im Ausland Wohnung

Berlin, 17. October. [Börse.] Das hauptsächlichste Interesse der gesammten Börse concentrirte sich heute, da bekanntlich Donnerstags regelmäßig die wöchentlichen Conferenzen der Directoren der Bank von England stattfinden, auf die Frage, ob die Bank von England eine nochmalige Discont-Erhöhung werde eintreten lassen. Bis zum Schluß der Börse ist eine derartige Meinung noch nicht eingetroffen und nahm man hier das Ausbleiben dieser Nachricht als ein gutes Zeichen. Auch glaubte man aus dem relativ festen, theilweise auch etwas höheren Londoner Anfangscoursen schließen zu dürfen, daß in London selbst die Erhöhung der Nominalratate nicht für wahrscheinlich gehalten werde. Vielfach wurde hier auch die Frage ventilirt, ob die Reichsbank einer Erhöhung des Londoner Disconts werden folgen müssen. Es ist indeß in dieser Beziehung darauf hinzuweisen, daß die Notiz der Debits London sich einem Export deutschen Goldes nicht weniger als günstig stellt. Wenn auch der Londoner Wechsel heute um eine Kleinigkeit anstieg, so entsprach dies keineswegs den Voraussetzungen der Debits-Arbitrageure, die eine wesentlich größere Steigerung angenommen hatten, der Markt war eben demachen mit Material aus den (wie man in informirten Kreisen sprach, ist die Reichsbank stark als Verkäufer aufgetreten) versehen, daß die versuchte Haufse nicht durchzuführen war. Somit scheint also für Deutschland die Beizugung einer weiteren Steigung des Bankdisconts noch nicht begründet, und dies um so mehr, als, wie uns mitgetheilt wurde, die Eingänge bei der Bank

October 17., 18.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme.	+ 9°	+ 9°	+ 7°
Luftdruck bei 0°	332 ^{'''} .49	332 ^{'''} .54	331 ^{'''} .50
Dunstdruck	3 ^{'''} .69	4 ^{'''} .14	3 ^{'''} .67
Dunstsättigung	83 pCt.	92 pCt.	93 pCt.
Wind	W. O.	NW. O.	Ö. O.
Wetter	bededt.	bededt.	bededt.

Berlin, 17. October. [Börse.] Das hauptsächlichste Interesse der gesammten Börse concentrirte sich heute, da bekanntlich Donnerstags regelmäßig die wöchentlichen Conferenzen der Directoren der Bank von England stattfinden, auf die Frage, ob die Bank von England eine nochmalige Discont-Erhöhung werde eintreten lassen. Bis zum Schluß der Börse ist eine derartige Meinung noch nicht eingetroffen und nahm man hier das Ausbleiben dieser Nachricht als ein gutes Zeichen. Auch glaubte man aus dem relativ festen, theilweise auch etwas höheren Londoner Anfangscoursen schließen zu dürfen, daß in London selbst die Erhöhung der Nominalrate nicht für wahrscheinlich gehalten werde. Biesack wurde hier auch die Frage ventilirt, ob die Reichsbank einer Erhöhung des Londoner Disconts werden folgen müssen. Es ist indeß in dieser Beziehung darauf hinzuweisen, daß die Notiz der Devisen London sich einem Export deutschen Goldes nicht weniger als günstig stellt. Wenn auch der Londoner Wechsel heute um eine Kleinigkeit anstieg, so entsprach dies keineswegs den Voraussetzungen der Devisen-Arbitrageure, die eine wesentlich größere Steigerung angenommen hatten, der Markt war eben dergestalt mit Material (wie man in informirten Kreisen sprach, ist die Reichsbank stark als Verkäufer aufgetreten) versehen, daß die versuchte Haufe nicht durchzuführen war. Somit scheint also für Deutschland die Beschränkung einer weiteren Steigung des Bankdisconts noch nicht begründet, und dies um so mehr, als, wie uns mitgetheilt wurde, die Eingänge bei der Bank

Breslau, 18. Oct. [Wasserstand.] D. P. 4 M. 36 Cm. U. P. — M. — Cm.

